

Protokoll

4. Sitzung des Generalrates vom 5. Oktober 2016

Vorsitz:	Camp Karl-Heinz, Präsident
Büro:	Lauper Silvia, Vize-Präsidentin, Keller Etel, Hurni Stefan und Schick Thomas, Stimmenzählende
Anwesend:	Benninger Adrian, Bula Thomas, Coopt Lara, Curty Olivier, Dürig Alexa, Gammenthaler Christoph, Grandjean Alain, Guenin Dominique, Gutknecht Stefan, Gutknecht Thomas, Hänni Bernadette, Hofstetter Schütz Carola, Ith Markus, Jakob Christine, Kaltenrieder Urs, Kramer Adrian, Kramer Liliane, Kramer Urs, Leuenberger Christian, Leu Martin, Liechti Werner, Marti Beat, Moser Jacques, Moser Susi, Müller-Stöckli Patricia, Müller Chantal, Pfenninger Cyrill, Pfister Simon, Rau Adrian, Riesen George, Ryf Peter, Scherz Fritz, Schopfer Christian, Senti Julia, Stettler André, Stoller Peter, Stornaiuolo Katrin, Stulz Thomas, Tettü Peter, Wüthrich Fritz, Wyrtsch Franziska und Zimmermann Hans-Ulrich
Entschuldigt:	Bosch Brigitte, Gaschen Christian und Schuhmacher Edith
Beratend anwesend:	Brechbühl Christian, Stadtammann, Schneider Schüttel Ursula, Vize-Stadtpräsidentin, Aebersold Andreas, Herren Rudolf, Schlüchter Petra, Schroeter Alexander und Thalman Käthi, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Ferner:	Portmann Stefan, Bauverwalter, Spielmann Pierre, Stadtkassier
Sekretär:	Bandi Bruno, Stadtschreiber
Durchführungsort:	Saal im Hotel Murten, Bernstrasse 7, Murten
Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr

Der Vorsitzende begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung des Generalrates im Saal des Hotels Murten. In seiner Begrüssung heisst Herr Camp insbesondere Frau Hofstetter Schütz als neues Generalratsmitglied willkommen, die den zurückgetretenen Herrn Fivian ersetzt. Weiter stellt er fest, dass die Einladung mit den notwendigen Unterlagen zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht verteilt wurde.

Appell

Gemäss Appell sind 47 Mitglieder des Generalrates anwesend. Das absolute Mehr beträgt 24 Stimmen. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Es liegen folgende Traktanden zur Behandlung vor:

1. Protokoll der Generalratssitzung vom 4. Mai 2016
2. Finanzplan 2017 – 2021
3. Nachtragskredit von CHF 100'000.00 für die Planung von Verkehrsmassnahmen aus der Ortsplanungsrevision (OPR)
4. Nachtragskredit für den Betrieb und Sanierung des Restaurants im Hallen-, Schwimm- und Strandbad Murten (HSSB)
5. Beantwortung hängiger parlamentarischer Vorstösse
6. Informationen
 - 6.1 Aktueller Stand zum Projekt Controlling des Gemeinderates
7. Verschiedenes

1. Protokoll der Generalratssitzung vom 4. Mai 2016

Herr Leu fehlt auf der Seite 28 die Beantwortung der Fragen durch Herrn Gemeinderat Aebersold. Anstatt zu lesen, dass die Fragen beantwortet wurden, wäre es wünschenswert zu lesen, was geantwortet wurde. Besonders im Zusammenhang mit den Schlussabrechnungen der Investitionen und die Entsendung eines Gemeinderatsmitgliedes in den Verwaltungsrat hatte Herr Gemeinderat Aebersold klare Aussagen gemacht. Auf der gleichen Seite verlangt Frau Keller im letzten Satz des ersten Abschnittes die Präzisierung „Kultur“ zu streichen. Herr Urs Kramer verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Voten zu protokollieren sind. Auch Herr Urs Kramer verlangt eine Präzisierung bei der Antwort von Herrn Gemeinderat Aebersold auf Seite 28. Weiter soll der Vorname eines Ratsmitgliedes protokolliert werden, wenn mehrere Ratsmitglieder den gleichen Nachnamen haben. Das Protokoll wird an der Sitzung vom 7. Dezember 2016 erneut zur Genehmigung unterbreitet.

2. Finanzplan 2017 – 2021

Herr Gemeinderat Aebersold stellt fest, dass sich der Gemeinderat intensiv mit der finanziellen Entwicklung der Gemeinde Murten auseinandergesetzt hat und die generalrätliche Finanzkommission den Finanzplan geprüft und keine Änderungsanträge vorgebracht habe. Zu den Eckdaten für die kommenden Jahre teilt er mit, dass der Cash-Flow rund CHF 3 bis 4 Mio. pro Jahr betrage. Die Fusion der Gemeinden wirke sich positiv aus. Der Investitionsbedarf in den nächsten Jahren ist gross und die Brutto- und Nettoschulden werden über CHF 50 Mio. steigen. Die Nettoverschuldung könnte die kritische Grenze von CHF 5'000.00 pro Einwohner übersteigen, was bei der heutigen Zinssituation tragbar sei.

Herr Bula verweist im Namen der generalrätlichen Finanzkommission auf deren schriftlichen Bericht. Die Entwicklung der Nettoverschuldung werde kritisch verfolgt. Auffällig sei, dass viele grosse Investitionen von Gemeindeverbänden geplant sind. Auch wenn dies gebundene Ausgaben seien, hat die FIKO die Gemeindeverbände aufgefordert, regelmässig und gezielt Informationen zu den geplanten Investitionen abzugeben. Für das Parkhaus Ost ist kein Betrag im Finanzplan vorgesehen, weil noch offen sei, wie das Projekt finanziert werde. Zusammenfassend hält er fest, dass die Verschuldung in der heutigen Zinsbelastung tragbar ist.

Herr Ith nimmt im Namen der FDP-Fraktion die positive Entwicklung des Cash-Flows erfreut zur Kenntnis. Diese Entwicklung sei auch dank den Fusionsgemeinden zu verzeichnen. Eine Erhöhung der Steuern kommt für die FDP-Fraktion nicht in Frage, der Gürtel müsse enger geschnallt werden. Dabei kommt den Gemeinden für die Finanzierung der Investitionen von Projekten der Gemeindeverbänden (Feuerwehr, GNS, ARA) eine zentrale Rolle zu. Der Generalrat soll zu diesen Investitionen frühzeitig informiert werden. Weiter hat die FDP-Fraktion festgestellt, dass für das Parkhaus Ost kein Betrag im Finanzplan eingestellt wurde. Gespannt wird eine Information zur weiteren Entwicklung bezüglich Parkhauses erwartet. Die pro-Kopf-Verschuldung von ca. CHF 5'000.00 erachtet die FDP-Fraktion als zumutbar, die Verschuldung müsse jedoch im Auge gehalten werden.

Die SVP-Fraktion ist laut Frau Moser mit grosser Sorge erfüllt, insbesondere über die geplanten Investitionen in den nächsten fünf Jahren von CHF 27.8 Mio. und der daraus resultierenden Verschuldung. Die Prognose der SVP-Fraktion lautet, dass diese Investitionen nicht ohne eine Steuererhöhung getätigt werden können. Es sei Aufgabe des Gemeinderates und des Generalrates zu prüfen, wo die SpARBremse wirkungsvoll eingesetzt werden

kann. Die gute Wirtschaftslage und das tiefe Zinsniveau wecken Begehrlichkeiten und die geplante Schuldenlast sei bei einem Zinsanstieg nicht mehr tragbar.

Herr Riesen dankt im Namen der SP-Fraktion allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Der Finanzplan sei ein gutes Instrument, die finanzielle Situation einer Gemeinde besser zu verstehen. Ein Aspekt der dabei erwähnt werden muss, ist die pro-Kopf-Verschuldung und die Frage, wie weit die Verschuldung zunehmen darf. Was dabei nicht vergessen werden darf, ist die Aufgabenerfüllung der Gemeinde, die wahrgenommen werden muss.

Nach der Detailberatung nimmt der Generalrat den Finanzplan 2017 – 2021 zur Kenntnis.

3. Nachtragskredit von CHF 100'000.00 für die Planung von Verkehrsmassnahmen aus der Ortsplanungsrevision (OPR)

Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel verweist auf die umfangreichen und detaillierten Ausführungen in der Botschaft des Gemeinderates und im erstellten Bericht zu den Verkehrsberuhigungsmassnahmen. In der Botschaft zu den Investitionskrediten zum Budget 2016 wurde der Kredit für die Umsetzung von Verkehrsmassnahmen aus der OPR vom Generalrat abgelehnt. Vorliegend beantragt der Gemeinderat dem Generalrat den gleichen Kredit als Nachtragskredit zu genehmigen. Das weitere Vorgehen und die Mitwirkung können dem Bericht zu den Verkehrsberuhigungsmassnahmen ab Seite 19 entnommen werden. Der Gemeinderat setzt Prioritäten und die Verbesserung des Langsamverkehrs Leimera wird prioritär behandelt.

Herr Bula empfiehlt im Namen der generalrätliche Finanzkommission den Nachtragskredit zu genehmigen.

Herr Wüthrich von der SVP-Fraktion nimmt eine Rückschau auf vergangene Generalratssitzungen. Am 11. Dezember 2013 hat der Generalrat einem B-Kredit für die Planung von Verkehrsmassnahmen von CHF 100'000.00 zugestimmt. In der Botschaft wurden zu den einzelnen Massnahmen keine Prioritäten aufgeführt. Am 24. Februar 2016 hat der Generalrat einen weiteren Kredit in der gleichen Höhe abgelehnt, weil die Tempo-30-Zonen mit höchster Priorität bearbeitet wurden. Die Messungen belegen, dass in vielen Quartieren nicht zu schnell gefahren wird und die SVP-Fraktion stellt sich die Frage, ob die Prioritäten richtig gesetzt sind. Mit der Aufforderung, die Leimera mit höchster Priorität zu behandeln, werde die SVP-Fraktion dem Kredit zustimmen.

Die FDP-Fraktion unterstützt die geplante Verkehrsberuhigung in der Leimera für eine höhere Verkehrssicherheit der Anwohner. Hingegen habe die FDP-Fraktion gemäss den Ausführungen von Herrn Urs Kramer Mühe mit generell einzuführenden Verkehrsberuhigungen und Tempo-30-Zonen. Viele Verkehrsüberschreitungen in Quartieren sind hausgemacht und Verkehrsberuhigende Massnahmen sind nur in Quartieren sinnvoll, die mit Durchgangsverkehr belastet sind. Die FDP-Fraktion wolle eine Mitsprache über die Tempo-30-Zonen und versteht nicht, weshalb der Gemeinderat nach der Ablehnung des Kredites im Februar nicht einen Nachtragskredit ausschliesslich für Verkehrsberuhigungen in der Leimera beantragt hat.

Herr Grandjean von der SP-Fraktion betont, dass es eine wichtige Aufgabe der OPR und somit auch des Verkehrsrichtplans sei, eine gute Wohnqualität für die Bewohner einer Ortschaft sicherzustellen. Für diese spielt die Minderung der Verkehrsbelastung eine eminent wichtige Rolle. Wegen eines Antrags auf Streichung des entsprechenden Investitionskredits in diesem Rat konnte der erforderliche Kredit im vergangenen Februar nicht gesprochen werden. Der SP-Fraktion wäre es lieber gewesen, wenn die Planungsarbeiten bereits anfangs Jahr freigegeben worden wären und hofft, dass die verlorene Zeit aufgeholt werden kann.

Die Fraktionen der glp und CVP danken dem Gemeinderat für den sehr ausführlichen Bericht über den Stand der Planung der Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Die Planung und die anschliessende Ausführung sind zügig voranzutreiben. Es sei nicht nötig, die Genehmigung des Verkehrsrichtplans abzuwarten. Einzelne Massnahmen wurden bereits aus dem Entwurf umgesetzt. Mit einer Koordination der Belagserneuerung der Kantonsstrasse und der Arbeiten der Gemeinde hätten sicher Kosten eingespart werden können. Für die Fraktionen der glp und CVP wünscht Herr Leu ein zügiges Vorgehen und betonen die Wichtigkeit, die Massnahmen im Gebiet Leimera voranzutreiben.

Auch für Herrn Curty von der CVP-Fraktion hat die Verkehrsberuhigung in der Leimera hohe Priorität. Der Gemeinderat hat eine grosse Chance verpasst. Der Grosse Rat hat einen Studienkredit für eine Umfahrungsstrasse Salvenach und einen Kredit für eine Umfahrung Burg Löwenberg nicht aufgenommen. Mit einer Umfahrung würde sich die Verkehrsbelastung in der Leimera stark reduzieren. Eine Verkehrsberuhigung ist nun in weite Ferne gerückt.

Der Generalrat genehmigt einstimmig den Nachtragskredit von CHF 100'000.00 für die Planung von Verkehrsmassnahmen aus der Ortsplanungsrevision (OPR).

4. Nachtragskredit für den Betrieb und Sanierung des Restaurants im Hallen-, Schwimm- und Strandbad Murten (HSSB)

Die Frage, ob ein Hallenbad ein bedientes Restaurant braucht, wurde im Vorfeld der Sitzung kontrovers diskutiert. Herr Gemeinderat Schroeter verweist auf die ausführliche Botschaft des Gemeinderates, die in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat des Hallen-, Schwimm- und Strandbades Murten erarbeitet wurde. Wichtig sei, dass an der heutigen Sitzung ein Entscheid gefällt wird, denn Küche und Buffet können so nicht weiter genutzt werden. Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat den Betrieb des Restaurants HSSB in Form von Automaten weiterzuführen und bezweckt damit eine Investition zu tätigen, die wirtschaftlich sinnvoll ist und die Werterhaltung der Liegenschaft sichert. Der Gemeinderat setzt als Berater Herrn Kaltenrieder ein. Herr Kaltenrieder ist Mitglied des Verwaltungsrates und Betriebsleiter. Er wird vor allem technische Fragen für den Gemeinderat beantworten.

Die Finanzkommission dankt laut Herrn Bula dem Gemeinderat für die Ausarbeitung von Varianten. Die FIKO vermisst ein Gesamtkonzept des Restaurationsbetriebes und des Hallenbades. Aus rein finanziellen und wirtschaftlichen Gründen wird die Variante 1 (Automatenbetrieb) empfohlen.

Laut Herrn Ith von der FDP-Fraktion liegt es in der Natur der Sache, dass dieses Geschäft hohe Wellen werfen wird. Wintersportler entscheiden sich wegen den guten Skipisten, Wandere wegen gut ausgebauten Wanderwegen für eine Destination. Viele Sportler besuchen das Bad aufgrund der guten Lage am See, den frühen Öffnungszeiten und wohl weniger wegen einem bedienten Restaurant. Leider ist der Vergleich der beiden Varianten zu wenig transparent und ein Ersatz des bedienten Restaurants mit einem Automatenbetrieb insgesamt unbefriedigend. Dem Verwaltungsrat soll mitgeteilt werden, dass das Restaurant in das Gesamtkonzept des Bades integriert werden muss. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, die bestehende Küche zu sanieren (Variante 2).

Herr Kaltenrieder spricht als Betriebsleiter des Bades und ersucht den Rat, über die Varianten abzustimmen. Wenn der Generalrat, um einen Entscheid fällen zu können, weitere Informationen benötigt, dann soll dies dem Redner mitgeteilt werden. Der Verwaltungsrat wurde vom Gemeinderat beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten. Analysen und mögliche

Varianten wurden in der Folge für einen zukünftigen Betrieb erstellt. Das Angebot entspricht den Bedürfnissen und muss nicht angepasst werden. Das Restaurant ist ein Bestandteil des Gesamtkonzeptes und wichtig für das Erscheinungsbild. Nicht zuletzt dank diesem Erscheinungsbild besuchen die Gäste das Bad. Die heute Situation bezüglich Auslastung und Nutzung ist bekannt und lässt sich nicht durch einen Businessplan verbessern. Es wird befürchtet, dass das Bad mit einem Automatenbetrieb ein Imageschaden erleidet. Eine Umfrage bei regelmässigen Gästen des Bades hat ergeben, dass ein Restaurant gewünscht wird.

Die SP-Fraktion schliesst sich der FDP-Fraktion an, indem sie laut Frau Senti ebenfalls den Antrag auf Variante 2 unterstützen werde. Ohne ein bedientes Restaurant verliert das Bad in hohem Mass an Attraktivität. Es wird festgehalten, dass es von Vorteil gewesen wäre, wenn sich der Verwaltungsrat früher mit einem Renovationskonzept befasst hätte. Heute geht es jedoch darum, die Kosten für die dringend nötige Renovation und somit die Werterhaltung der Liegenschaft zu sprechen. Die Idee der jährlichen Personalkosten in der Höhe von CHF 30'000.00 wird befürwortet. Sowohl Schwimmbäder, als auch deren Restaurants, seien nicht rentabel und in erster Linie Dienstleistungsbetriebe im Dienste der Allgemeinheit. Was ein Betriebskonzept angeht, sei es am Verwaltungsrat des HSSB, ein solches zu verlangen.

Mit dem Antrag des Gemeinderates für ein Automatenrestaurant wurde die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Frau Hofstetter Schütz vertritt die Badegäste, welche an der Umfrage teilgenommen haben. Ein Automatenrestaurant ist ein Rückschritt. Die Sanierung der bestehenden Küche eine Notlösung. Die Fraktionen glp und CVP möchten einen Schritt weiter gehen. Die einmalige Lage am See bietet ein aussergewöhnliches Angebot. Die Buvette hat in den Sommermonaten unbestritten ein grosses Potential. Beide Varianten sind keine vernünftigen, langfristig wirtschaftlichen Lösungen. Ein neues Gesamtkonzept, für Hallenbadrestaurant und Buvette muss erarbeitet werden. Dazu käme beispielsweise ein Architektenwettbewerb in Frage. Die glp und CVP Fraktionen fordern den Gemeinderat auf, seine Vorbildfunktion als Besitzerin des HSSB wahrzunehmen, eine vorzeitige Schliessung des jetzigen Restaurants zu verhindern, ein Gesamtkonzept für das Hallenbadrestaurant sowie die Buvette in nützlicher Frist zu unterbreiten und einen Projektierungskredit ins Budget 2017 aufzunehmen. Frau Hofstetter Schütz reicht ein Rückweisungsantrag ein.

Herr Kaltenrieder tritt in den Ausstand.

Der Rückweisungsantrag der Fraktionen glp und CVP wird mit 39 nein- gegen 7 ja-Stimmen abgelehnt. Die Detailberatung wird fortgesetzt.

Herr Kaltenrieder nimmt wieder an der Sitzung teil.

Frau Hänni von der SP-Fraktion möchte von Herrn Kaltenrieder wissen, welche Kosten in der Variante 2 enthalten sind und ob zusätzliche Kosten entstehen werden, die in der Variante 2 nicht enthalten sind. Die Fragen werden von Herrn Kaltenrieder dahingegen beantwortet, dass die Kosten aufgrund von Offerten erstellt worden sind. Im Küchenbereich werden die elektrischen und sanitären Installationen ersetzt und anschliessend wird eine einfache Küche mit Minimalstandard eingebaut.

Frau Keller von der CVP-Fraktion stellt klar, dass die Fraktionen der glp und CVP ausschliesslich über die Qualität der Infrastruktur sprechen und nicht über den Pächter. Dem Pächter wird für sein Engagement zugunsten der Badegäste gedankt. Wenn dann, sollte die Buvette ausgebaut werden und nicht das Restaurant. Mit dem Erhalt und Sanierung des Restaurants wird ein Betriebskonzept aus den 80-iger Jahren weitergeführt. Die Frage sollte lauten, ob für das Bad ein Ganzjahresbetrieb oder ein reduzierter Winterbetrieb geeignet ist. Der wichtige und attraktive Sommerbetrieb müsste ausgebaut werden, nicht das Restaurant.

Herr Kaltenrieder tritt erneut für die Abstimmung in den Ausstand.

Herr Leu von der glp-Fraktion stellt die Frage, weshalb Herr Kaltenrieder an den Verhandlungen teilgenommen habe. Herr Präsident Camp gibt zur Antwort, dass der Gemeinderat vor der Detailberatung festgestellt hat, dass Herr Kaltenrieder als Experte beigezogen wird.

Der Generalrat lehnt den Antrag des Gemeinderates die Variante 1 zu genehmigen mit 31 nein- gegen 11 ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen ab. Der Antrag der Fraktionen SP und FDP für die Variante 2 wird mit 33 ja- bei 7 nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen. Damit hat der Generalrat für die Sanierung des Restaurant einen Investitionskredit von CHF 235'000.00 und wiederkehrende Kosten von CHF 40'000.000 genehmigt.

Herr Kaltenrieder nimmt wieder an der Sitzung teil.

5. Beantwortung hängiger parlamentarischer Vorstösse

Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel verweist auf die Stellungnahme des Gemeinderates zur Motion. Die Nachtabschaltung als Grundsatzfrage obliegt der Zuständigkeit des Gemeinderates. Daher kann diese Frage nicht als Motion beantwortet werden. Die zweite Forderung der Motion verlangt die Ausarbeitung von 2 Varianten für den Ersatz der öffentlichen Beleuchtung. Diese Forderung kann als Motion überwiesen werden. Zurückblickend hält Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel fest, dass der Pilotversuch für die Nachtabschaltung von 24.00 Uhr bis 6.00 Uhr angedacht war. Aufgrund der Rückmeldungen der Bevölkerung hat der Gemeinderat die Nachtabschaltung von 00.30 Uhr bis 5.00 Uhr als Pilotversuch eingeführt. Den Anliegen der Bevölkerung wurde somit Rechnung getragen. Weiter wird auf die Nachtabschaltung verzichtet, wenn Veranstaltungen dies erfordern. Der Gemeinderat erarbeitet in Zusammenarbeit mit der Industriellen Betriebe Murten eine Strategie der öffentlichen Beleuchtung im gesamten Gemeindegebiet. Der Gemeinderat möchte keinen Flickenteppich sondern Schritt für Schritt definieren können, wann, wo, welche Massnahmen erarbeitet und umgesetzt werden. Zuerst soll die Strategie festgelegt und erst danach die Massnahmen definiert werden. Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat die Motion nicht zu überweisen und auf die Strategie mit Umsetzungsmassnahmen zu warten.

Von der SVP-Fraktion moniert Frau Moser die kurzfristig zugestellte Stellungnahme des Gemeinderats und nimmt eine Begriffsklärung vor. Es ging im Pilotprojekt nicht um eine Nachtabschaltung sondern um eine Reduktion der Lichtverschmutzung. Zu den Kosten wird festgehalten, dass die Industriellen Betriebe Murten mit der Gemeinde zusammenarbeiten und nicht jede Dienstleistung oder Abklärung verrechnen müssen. Ansonsten wird sich die SVP-Fraktion vorbehalten, die Vergabeanträge der Gemeinde Murten mit den Industriellen Betriebe Murten zu überprüfen.

Herr Bula von der FDP-Fraktion stellte mit Schrecken fest, dass die am 4. Mai 2016 eingereichte Motion nicht traktandiert wurde. Kurz vor den Fraktionssitzungen hat der Stadtschreiber den Fraktionspräsidenten die Stellungnahme des Gemeinderats zur Motion mitgeteilt. Ein solches Vorgehen ist nicht förderlich für das Vertrauen und die Zusammenarbeit der beiden Räte. Zumal das Büro des Generalrates zu entscheiden hat, ob eine Motion zulässig ist oder nicht. Ein Flickenteppich besteht bereits heute. In einzelnen Ortsteilen brennt das Licht in der Nacht, in anderen nicht. Das Gesamtkonzept wird von der FDP-Fraktion begrüsst, hindert den Generalrat jedoch nicht, die Aufhebung der Nachtabschaltung zu verlangen.

Konventionellen Natriumdampflampen können laut Herrn Pfenninger von der SP-Fraktion nicht gedimmt und nicht gesteuert werden. Ein vorzeitiger Ersatz dieser energieeffizienten Leuchtmittel zwecks Dimm- und Steuerungsfunktion ist aus heutiger Sicht der Technologie nicht sinnvoll. Wie von Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel angekündigt wird ein ganzheitliches Konzept erarbeitet, weshalb die SP-Fraktion die Motion nicht überweisen wird.

Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel weist auf das deutliche Abstimmungsresultat für das Pilotprojekt hin. An neuralgischen Orten werde das Licht in der Nacht nicht abgestellt. Die Zuständigkeiten sind im Gemeindegesetz geregelt. Es ist richtig, dass der Ortsteil Salvenach bereits vor Murten die Nachtabschaltung eingeführt hat. Die anderen Ortsteile haben vorher auf LED-Leuchten umgerüstet und konnten früher von der neuen Technologie profitieren.

Der Generalrat überweist die Motion der Fraktionen FDP und SVP betreffend Aufhebung der Nachtabschaltung des Lichtes in Murten mit 26 ja- bei 17 nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Mit der Überweisung des Bst. b beschloss der Generalrat einen Nachtragskredit über CHF 12'000.00 für die Ausarbeitung von 2 Varianten.

Herr Stadtammann Brechbühl beantwortet die an der letzten Generalratssitzung eingereichte Anfrage von Herrn Grandjean, SP-Fraktion, betreffend Datenschutz und Aufbewahrung von Daten.

- Zur 1. Frage: „Welcher ist der Zeitpunkt, zu dem Personendaten, in deren Besitz die Gemeindebehörde auf Grund gesetzlicher und reglementarischer Bestimmungen gelangt sind, im Sinne von Art. 13 des kantonalen Datenschutzgesetzes gelöscht werden?“ Die Personendaten aus dem laufenden Archiv und Zwischenarchiv sowie sämtliche Dokumente die zur Abwicklung der Geschäfte benötigt werden, werden nur solange aufbewahrt, wie dies rechtlich und administrativ erforderlich ist. Für die Verwaltung, Ordnung und Aufbewahrung der Dokumente ist die Stadtverwaltung verantwortlich.
- Zur 2. Frage: „Wäre der Gemeinderat bereit, die Grundsätze für die Handhabung des Datenschutzes sowie die Dauer der Aufbewahrung von solchen Personendaten in den Reglementen der Gemeinde festzuschreiben und dadurch publik zu machen?“. Der Gemeinderat spricht sich gegen das Festschreiben von Datenschutzbestimmungen in einzelnen Reglementen aus. Der Gemeinderat ist gemäss Art. 103, Abs. 2 des Gemeindegesetzes für die Archivierung verantwortlich. Mit dem Erlass einer internen Weisung

stellt der Gemeinderat einen korrekten Umgang mit dem Datenschutz sicher. Die Gemeinden müssen die Führung eines laufenden Archivs und Zwischenarchivs sowie die Aufbewahrung des historischen Archivs nach den Grundsätzen der Gesetzgebung über die Archivierung sicherstellen. Der Gemeinderat beabsichtigt mit Bestimmtheit keine Entwicklung zum „gläsernen Bürger“.

6. Informationen

6.1. Aktueller Stand zum Projekt-Controlling des Gemeinderates

Herr Gemeinderat Aebersold stellt anhand von Tabellen den Status von Grossprojekten vor. Ausser bei der Investition in das Pflegeheim Jeuss, das sich noch am Anfang des Projektes befindet, sind alle Vorgaben eingehalten. Bei der Sanierung der Schulanlage Längmatt besteht ein mittleres Risiko, da der Gemeinderat nicht wissen kann, ob und welche unvorhergesehenen Arbeiten bei der Sanierung zum Vorschein kommen. Das Projekt Fernwärmenetz liegt in der Verantwortung der Industriellen Betriebe Murten und der Projektstand ist erfreulich. Weitere Etappen werden realisiert.

7. Verschiedenes

Im Namen der SP-Fraktion dankt Frau Senti für die ausführlichen Unterlagen zur Anfrage von Herrn Peter Helfer bezüglich der Pantschau Murten und der dortigen Veranstaltungen von Grossevents. Die sozialdemokratische Partei wird sich dem Anliegen von Herrn Helfer annehmen und prüfen, was im Rahmen des Möglichen unternommen werden kann.

Frau Jakob reicht im Namen der FDP-Fraktion eine Interpellation mit dem Titel „Mehr Freiräume für Jugendliche“ ein. Im Gespräch mit Jugendlichen von Murten wird immer wieder die Einengung der Freiräume auf dem Gemeindegebiet von Murten thematisiert. Nebst der abendlichen Sperrung der Ringmauer und des Platzes rund um die französische Kirche werden die Jugendlichen auch von der Pantschau am See weggewiesen. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, Freiräume für Jugendliche (und Erwachsene) in den nächsten Jahren wieder zu öffnen. Die Interpellantin denkt beispielsweise an die Möglichkeit einer versuchsweisen Aufhebung der abendlichen Sperrung der Ringmauer und des französischen Kirchenplatzes im nächsten Sommer.

Herr Pfenninger von der SP-Fraktion möchte wissen, ob die Gemeinde Murten mit den gemäss Finanzplan 2017 – 2021 anstehenden Verschuldungen auf über CHF 50 Mio. beispielsweise in den Gemeindeverbänden, künftig von Negativzinsen profitieren kann.

So hätten die Investitionen nebst der wirtschaftlichen Stimulation der regionalen Wirtschaft auch den Vorteil, Zinserträge zu erzielen. Herr Gemeinderat Aebersold geht in seiner Antwort davon aus, dass es eine Frage der Zeit sei, bis die Gemeinde Murten von den Negativzinsen profitieren könne. Zurzeit sei dies jedoch nicht der Fall. Bei den Investitionen der Gemeindeverbände wird zurzeit diskutiert, ob die Gemeindeverbände oder die Gemeinden das Geld für die Investitionen aufnehmen.

Frau Keller von der CVP-Fraktion ersucht den Gemeinderat, die Kosten für einen Anschluss von Altavilla an das Glasfasernetz abzuklären. Allenfalls könnte ein Betrag bereits im Budget 2017 aufgenommen werden. Der Gemeinderat wird diese Frage an der nächsten Sitzung des Generalrates beantworten.

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Murten, den 5. Oktober 2016

Namens des Generalrates Murten


Karl-Heinz Camp

Präsident


Bruno Bandi
Sekretär